

Vereine und der Preis der Transparenz

FDP fordert von Scholz Entlastung

VON BERNHARD JUNGINGER

Berlin Der Sportklub oder die Blas- kapelle als Waschmaschine für schmutziges Mafia-Geld? Zu Unrecht fühlen sich Vereine vom Staat unter Generalverdacht gestellt. Sie beklagen, dass das so genannte Transparenzregister für sie zum „Bürokratiemonster“ mutiert. Nun fordert die FDP im Bundestag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), die Vereine von Gebühren und Verwaltungsaufwand für das Register zu befreien. In einem Brief an Scholz, der unserer Redaktion exklusiv vorliegt, heißt es: „Viele ehrenamtlich tätige Menschen, die neben Beruf und Familie Verantwortung in Vereinen und damit für unsere Gesellschaft übernehmen, fühlen sich gering geschätzt, verhöhrt und schäbig behandelt.“

Verfasst hat das Schreiben FDP-Fraktionsvize Stephan Thomae. Er zweifle nicht an der Richtigkeit des Ziels, Geldwäsche zu bekämpfen, wisse, dass es seltene Einzelfälle von Geldwäsche in Vereinen gibt. „Aber die Bekämpfung der Geldwäsche steht und fällt nicht damit, den Vereinen die Kosten für die Führung des Transparenzregisters aufzuerlegen“, ist er überzeugt.

Hintergrund der Auseinandersetzung ist, dass die Europäische Union Geldwäsche und Terrorfinanzierung den Kampf angesagt hat. Auch Deutschland hat entsprechende Gesetze erlassen. Um der Finanzkriminalität den Nährboden zu entziehen und dunkle Geldflüsse auszutrocknen, müssen Unternehmen und Stiftungen, aber eben auch Vereine, seit 2017 bestimmte Angaben im öffentlich einsehbaren Transparenzregister eintragen. Das sind Informationen über den Verein und dessen wirtschaftlich Berechtigte, also meist die Vorsitzenden. Geführt wird das Register vom Kölner Bundesanzeiger Verlag. Rückwirkend für die Jahre seit 2017 hat der Verlag nun Ende 2020 damit begonnen, nach und nach Gebührenbescheide an die rund 600.000 deutschen Vereine zu verschicken.

Ein Sprecher des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), der rund 27 Millionen Mitglieder aus 88.000 Sportvereinen vertritt, sagte unserer Redaktion: „Bei den Gebühren für das Transparenzregister geht es um niedrige Summen, aber einen hohen Aufwand.“ Zwar gebe es die Möglichkeit für gemeinnützige Vereine, die Kosten zu umgehen. Doch, so der Sportler-Sprecher: „Selbst die Befreiung von den Zahlungen ist extrem kompliziert und für Ehrenamtliche oft frustrierend.“ Auch bei Musikern sorgen die Gebühren für heftige Misstöne. Franz Pschierer, Vorsitzender des Allgäu-Schwäbischen Musikbundes (ASM), sagte: „In unseren Kapellen herrscht nicht das geringste Verständnis für diese Vorgehensweise, für die das Bundesfinanzministerium verantwortlich ist.“

Die Rechnungen kämen für die Vereine ausgerechnet in besonders schweren Zeiten, so FDP-Mann Thomae, der selbst einmal Hornist und Dirigent der Kemptener Blas- kapelle St. Mang war. Denn die Corona-Pandemie habe das Vereinswesen, den Eckpfeiler des kulturellen, sportlichen und sozialen Lebens in Deutschland, ins Wanken gebracht. Fußballtraining, Musikprobe oder der gesellige Abend müssten ausfallen, neue Mitglieder kämen nicht hinzu. Statt salbungsvoller Worte, so Thomae, bräuchten Vereine nun von der Bundesregierung ein sichtbares Zeichen der Unterstützung. Von Finanzminister Olaf Scholz fordert die FDP deshalb, dass der Bund für die Vereine die Kosten für das Transparenzregister übernimmt. Zudem sollten künftig die Finanzämter und nicht die Vereine selbst dem Verlag Bundesanzeiger mitteilen, ob eine Organisation als gemeinnützig anerkannt ist.



Die Alleinerbin: Maïke Kohl-Richter und Helmut Kohl im Jahr 2010.

Archivfoto: Fredrik Von Erichsen, dpa

Helmut Kohls Misstrauen lebt weiter

Hintergrund In seinen letzten Lebensjahren witterte der Altkanzler überall Verräter. Seine Witwe fühlt sich verpflichtet, diesen Kampf weiterzuführen – sogar gegen die Helmut-Kohl-Stiftung

VON MICHAEL STIFTER

Augsburg Helmut Kohl hat Gegner, Journalisten, aber auch Parteifreunde oft spüren lassen, dass es ihm herzlich egal ist, was andere über ihn denken, sagen oder schreiben. Für die meisten Medien hatte er nur Verachtung übrig, viele politische und persönliche Freundschaften zerbrachen zum Ende seines Lebens. Doch je älter der Kanzler der Einheit wurde, desto mehr setzte ihm der Gedanke zu, was einmal über ihn in den Geschichtsbüchern stehen würde. Bis zu seinem Tod kämpfte er juristisch gegen den Biografen Heribert Schwan, dem er sich zunächst anvertraut und ihm dann das Vertrauen wieder entzogen hatte. Er musste damit leben, dass sein Rivale Helmut Schmidt in hohem Alter zum populärsten Deutschen wurde, während ihm selbst – diskreditiert von der Spendenaffäre und gesundheitlich schwer angeschlagen – das letzte Kapitel als gefragter Elter Statesman verwehrt blieb. Nun hat der Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen, eine Stiftung für Helmut Kohl zu gründen. Endlich Genugtuung für dessen Witwe? Endlich ein Zeichen der Versöhnung mit der CDU? Im Gegenteil.

Maïke Kohl-Richter hat sich mit aller Macht gegen das Projekt ge-

wehrt. „Das Vorhaben widerspricht dem letzten Willen meines Mannes“, sagt sie – und mutmaßt in einem Schreiben ihrer Anwälte, das unserer Redaktion vorliegt, es gehe bei der Stiftung „um Gesinnung, Ideologie, Zerstörung und Geschichtsfälschung“. Woher kommt nur diese Bitterkeit? Schon in Kohls letzten Lebensjahren hatten alte Weggefährten, aber auch die beiden Söhne kritisiert, dessen zweite Ehefrau bestimme nicht nur, wer noch Zugang zum Altkanzler bekomme, sondern beanspruche auch die Deutungshoheit über das Lebenswerk der CDU-Ikone. Und genau darum geht es einer solchen Stiftung. Um eine Deutung. Sie soll an den vier Jahren gestorbenen Politiker erinnern, aber auch sein Schaffen objektiv erforschen – mit all den Leistungen, aber eben auch seinen Fehlern. Nach Konrad Adenauer, Willy Brandt und Helmut Schmidt ist der Pfälzer der vierte Kanzler, dem diese Ehre zuteilwird. Doch zum Feiern ist niemandem zumute.

Schon um den passenden Ort für die Erinnerungsstätte gibt es Streit. Während sich Bundesregierung und CDU einig sind, dass nur das wiedervereinigte Berlin infrage kommt, ist Kohl-Richter überzeugt, dass die Stiftung in die pfälzische Heimat des Altkanzlers gehöre und ihren Sitz in

Ludwigshafen-Oggersheim haben müsse. Sie hat bereits das Grundstück neben dem Bungalow erworben, in dem Kohl während der Bonner Republik mit seiner ersten Frau Hannelore und den Söhnen lebte.

Elf Seiten umfasst die Presseerklärung von Kohl-Richters Anwälten. Die 57-Jährige beklagt darin, dass sie mit dem Angebot, einen Sitz im Kuratorium der Stiftung zu übernehmen, vor vollendete Tatsachen gestellt worden sei, anstatt inhaltlich und konzeptionell eingebunden zu werden. Deshalb sei sie auf diesen Vorschlag nicht eingegangen. Die Vermutung, sie wolle in Oggersheim eine Art Kohl-Wallfahrtsort errichten, lässt die Witwe zurückweisen. „Unserer Mandantin ging es noch nie um ‚tote‘ Denkmalspflege, Verherrlichung, Personenkult, Deutungshoheit oder wohlfeile Worte. Ihr geht es um Inhalte, vorurteilsfreie, quellengestützte Aufarbeitung“, heißt es in dem Schreiben. Und das führt neben dem atmosphärischen zum zweiten großen Problem der Stiftung.

Viele der Akten, Dokumente und Briefwechsel, die für eine solche Aufarbeitung von Kohls Lebenswerk gebraucht werden, befinden sich im Besitz von dessen Alleinerbin Kohl-Richter. Einen Teil davon hatte der Altkanzler ursprünglich

der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung zur Verfügung gestellt, jedoch später wieder nach Oggersheim kommen lassen – als Quellen für seine Memoiren. Dort liegen sie offenbar noch heute. Kohl-Richter dürfte wenig Interesse dran haben, sie freiwillig herauszurücken.

Sie ist überzeugt, im Sinne ihres Mannes zu handeln, der nie verwunden hatte, dass die CDU sich 1999 im Zuge der Spendenaffäre von ihm abgewandt hatte. Die Verbitterung darüber hat der Altkanzler seiner zweiten Ehefrau offenkundig vererbt. Wie schwer diese Hypothek wirkt, lässt sich am Ende des Schreibens ihrer Anwälte erahnen. Sie mutmaßen, die Stiftung diene womöglich gar nicht der objektiven Erinnerung an den Kanzler der Einheit, sondern einem ganz anderen Zweck: „Wie soll unsere Mandantin darauf vertrauen, dass die geplante, angeblich (wie erkennbar nicht) politisch unabhängige Stiftung nicht doch auf Linie der sogenannten Spendenaffäre nur wieder die Fortsetzung des politischen Kampfes gegen Helmut Kohl und seine Politik ist?“

Nichts deutet auf eine Versöhnung der CDU mit dem Mann hin, der die Partei ein Vierteljahrhundert lang geprägt und das Land 16 Jahre lang als Bundeskanzler gelenkt hat.

Politik kompakt

UNFALLTOD

Schweizer Diplomatin hatte Medikamente genommen

Die Anfang des Monats in Teheran ums Leben gekommene Schweizer Diplomatin stand, iranischen Angaben nach, vor ihrem Unfalltod unter Medikamenteneinfluss. „Die Gerichtsmedizin hat bei der Toten Spuren von einigen Medikamenten gefunden und die Ergebnisse an den zuständigen Richter weitergeleitet“, sagte Justizsprecher Gholam-Hussein Ismaili am Dienstag. Die Schweizer Botschaft sei laut Ismaili über die bisherigen Untersuchungen in Kenntnis gesetzt worden. Die Leiche der Diplomatin werde den Schweizern nach Ende der Ermittlungen übergeben, so der Sprecher laut Nachrichtenagentur *Isna*. Die Diplomatin war vergangene Woche aus einem Hochhaus im Norden Teherans gestürzt und dabei ums Leben gekommen. Die Leiche wurde einen Tag später entdeckt. (dpa)

ITALIEN

Berlusconi erneut in Klinik eingeliefert worden

Italiens früherer Ministerpräsident Silvio Berlusconi ist erneut in eine Klinik gebracht worden. Das bestätigte ein Sprecher seiner Partei Forza Italia am Dienstag. Nach Informationen der Nachrichtenagentur *Ansa* soll der 84-Jährige in einem Krankenhaus in Mailand wegen den Folgen seiner Covid-19-Erkrankung behandelt werden. Der Chef der mitregierenden Forza Italia hatte sich im September mit dem Coronavirus angesteckt und hatte die San Raffaele Klinik in Mailand erst am 30. April nach mehrwöchigem Aufenthalt verlassen. Wegen der Behandlung waren Verhandlungstermine in verschiedenen Prozessen, die gegen den Politiker laufen, immer wieder verschoben worden. Für diesen Donnerstag ist ebenfalls ein Termin angesetzt, es geht um Zeugenbestechung. (dpa)



Silvio Berlusconi kann nicht vor Gericht erscheinen. Foto: dpa

xxxLutz

MEIN MÖBELHAUS.

Junges Wohnen



Termin, Beratung & Verkauf:

0800/800 9119

Küchenplanung

Wohnzimmer

Esszimmer

Leuchten

Schlafzimmer



© xxxLutz Marken GmbH

24/7 online shoppen: xxxlutz.de